

25. I. 59

Erklärung der SPÖ

Die Sozialistische Partei Österreichs ist aus den Wahlen vom 10. Mai d. J. als mit der grössten Wählerstimmenanzahl führende Partei hervorgegangen. Sie hat das gesteigerte Vertrauen der Wähler durch ihr Wahlprogramm errungen, dessen politischer Kernsatz: "Herstellung des Gleichgewichtes und Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den beiden bisherigen Regierungsparteien" war.

Auf Grund dieses eindeutigen Wählerentscheides ist die SPÖ selbstverständlich bereit, mit der ÖVP neuerlich eine Regierung der Zusammenarbeit zu bilden, die auf den Grundsätzen des Rechtsstaates, das heisst einer Verwaltung allein nach Recht und Gesetz, sowie auf den des Gleichgewichtes in der Vollziehung des gemeinsamen Regierungsprogrammes beruhen soll.

Die Sozialistische Partei Österreichs ist, sowie bisher auch weiterhin entschlossen, die Wertbeständigkeit des Schillings, sowie vorallem die Erhaltung der inländischen Kaufkraft zu verteidigen. Sie verweist dabei darauf, dass sie lange Zeit die einzige Partei war, die den durch den verstorbenen Präsidenten Böhm vertretenen Wunsch des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, eine paritätische Kommission zu errichten, unterstützt hat.

Es wird Aufgabe der Verhandlungen sein, die entsprechenden Massnahmen im Rahmen der künftigen Regierungspolitik festzulegen, welche die Ausgeglichenheit des öffentlichen Haushaltes gewährleistet. Eine Fortsetzung der autoritären Finanzpolitik und der schrankenlosen Schuldenwirtschaft lehnt die Sozialistische Partei ab.

Die Sozialistische Partei Österreichs ist bezüglich der Arbeitsmethode der künftigen Regierung der Ansicht, dass beide Regierungsparteien gleichmässig die volle Verantwortung für die gesamte Regierungspolitik zu tragen haben. Eine Entlassung einer Partei aus der gemeinsamen Verantwortung, kann nur mit Zustimmung des anderen Partners erfolgen.

Die Sozialisten haben sich vor den Wahlen vorbehaltlos zur gemeinsamen Regierungsverantwortung bekannt und dafür neue Wählerstimmen und neue Parlamentssitze erhalten. Sie fühlen sich den Wählern gegenüber zur Einhaltung ihres Wahlprogrammes verpflichtet.